



Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31. Dezember 2012

Jahresabschluss der IHK Berlin zum 31.12.2012

1. Lagebericht
2. Bilanz zum 31.12.2012
3. Erfolgsrechnung 2012
4. Finanzrechnung 2012
5. Erläuterungen zur Bilanz
6. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung
7. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Lagebericht der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2012

Berliner Wirtschaft wächst 2012 überdurchschnittlich

Auch 2012 überzeugte die Berliner Wirtschaft mit deutlichen Leistungsgewinnen. Um ca. 1,5 Prozent legte die Leistungskraft des Landes im Jahresvergleich zu – deutschlandweit waren es nur 0,7 Prozent. Wie in den Vorjahren erwies sich die Berliner Wirtschaft als weniger anfällig für eine abflauende Konjunktur. Die starke Dienstleistungs- und binnenwirtschaftliche Prägung wirkte erneut als verlässlicher Anker in Zeiten gedämpfter wirtschaftlicher Dynamik. Zusätzliche Stärke konnte die Berliner Wirtschaft aus dem Erneuerungsprozess ziehen, der den Standort seit Jahren kennzeichnet. Ansiedlungen – und mehr noch Neugründungen – generieren Impulse und frische Ideen.

Berlin ist Gründerhauptstadt Deutschlands und hat international den Ruf eines wichtigen Start-up-Zentrums erworben. Wissenschaft und Wirtschaft verknüpfen sich immer enger. Der Berliner Wachstumspfad hat an Breite und Festigkeit gewonnen. Dies zeigen auch die aktuellen Zahlen der Konjkturumfrage zum Jahresbeginn 2013: Die Geschäfte entwickeln sich bei der Mehrzahl der Unternehmen gut, Erträge und Aufträge stimmen die Berliner Wirtschaft positiv.

Die stabile konjunkturelle Lage zeigt auch Wirkung auf dem Berliner Arbeitsmarkt. 2012 entstanden wie schon in den Vorjahren überdurchschnittlich viele Jobs in der Hauptstadt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichte mit 1,218 Millionen einen neuen Rekordstand – seit 2005 ist diese Marke in Berlin um fast 14 Prozent gestiegen, bundesweit nur um 8 Prozent. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt auf 12,3 Prozent zurück. Obwohl vom Stellenzuwachs vornehmlich Zugezogene oder Pendler profitieren, sinkt auch in Berlin schrittweise die Arbeitslosigkeit. Das liegt auch daran, dass für Arbeitslose immer seltener eine Zwischenlösung in Beschäftigungsmaßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt gesucht wird. Durch die Umsetzung der IHK-Forderung nach einer stärkeren Fokussierung auf den ersten Arbeitsmarkt gelingt es immer häufiger, Arbeitslosen die Chance zu bieten, sich in richtigen Unternehmen zu beweisen.

Unterstützt durch den Ausschuss Wirtschaftspolitik und den Arbeitskreis Arbeitsmarktpolitik hat die IHK Berlin umfangreiche Ideen erarbeitet, wie der Senat und die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit die Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen können. Mit der angekündigten Qualifizierungsoffensive und einem besonderen Fokus auf Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt finden sich bereits wichtige Ansätze in der Koalitionsvereinbarung. Auch im neuen arbeitsmarktpolitischen Grundsatzkatalog der Regionaldirektion zeigt sich die Handschrift der Wirtschaft. Die Maßnahmen des Zukunftsprogramms Berlin-Brandenburg können dazu beitragen, dass Berlin die rote Laterne bei den Arbeitslosenzahlen dauerhaft abgibt.

Nicht zuletzt auf Drängen der IHK Berlin hat sich Berlin die Bekämpfung der Schwarzarbeit auf die Fahnen geschrieben. Gerade bei der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und Bußgeldtatbeständen gibt es Handlungsbedarf. Durch die bezirklich unterschiedliche Dauer der Verfahren und die uneinheitliche Höhe der verhängten Geldbußen kommt es noch zu Wettbewerbsverzerrungen. Wiederholt haben IHK und Handwerkskammer darauf hingewiesen.

Der demografische Wandel macht auch vor Berlin nicht halt. Trotz steigender Geburtenzahlen und positivem Einwanderungssaldo wird die Berliner Bevölkerung immer älter. Der Fachkräftemangel ist bereits vielerorts spürbar. Fachkräftesicherung ist für die Berliner Wirtschaft eine Herausforderung mit vielen Facetten: von A wie Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse bis Z wie Zuwanderung. Das neue Fachkräfteportal der IHK bietet Unternehmen Unterstützung in den vier Kernbereichen der Fachkräftesicherung: Ermittlung, Gewinnung, Bindung und Weiterbildung. Alle Informationen und Angebote richten sich schwerpunktmäßig an Unternehmer, aber auch an Jugendliche sowie beruflich und akademisch qualifizierte Fachkräfte.

Langsam kommt auch die wirtschaftsfreundlichere Ausrichtung der Berliner Verwaltung voran. 2012 gab es bessere Serviceangebote, mehr Onlineverfahren und mehr Transparenz. Doch trotz erkennbaren Reformwillens in Teilen der Verwaltung hemmt die Zweistufigkeit grundlegende Fortschritte. Auf politischer Ebene zeichnet sich keine Mehrheit zur Unterstützung des weitreichenden Reformvorhabens – die einstufige Verwaltung – ab. Komplizierte Entscheidungswege und unterschiedliche Formalitäten in den einzelnen Bezirken hemmen noch immer die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt.

Stagnation herrscht auch beim Thema E-Government: Die Optimierung, Standardisierung und Automatisierung von elektronischen Verwaltungsprozessen hat zwar Fortschritte

gemacht. Die Kontaktaufnahme zur Verwaltung mit Hilfe moderner Medien ist dennoch nicht überall gängige Praxis. Insbesondere das vorläufige Scheitern einer gesetzlichen Regelung zum Aufbau organisations- und prozessübergreifender Informationssysteme im Bundesrat bremst die weitere Entwicklung.

Hart getroffen hat die Berliner Wirtschaft die immer wieder verschobene Inbetriebnahme des neuen Flughafens Berlin Brandenburg (BER) - besonders hart und unmittelbar aber die Airlines, die Unternehmen mit Gewerbemietverträgen im künftigen Terminal, die Verkehrsunternehmen und alle am Bauprojekt beteiligten Unternehmen. Ladeneinrichtungen waren vertragsgerecht komplett installiert, Personal eingestellt und geschult, Waren geordert, Busse angeschafft, Fahrpläne gedruckt worden. In den IHK-Ausschüssen und auf verschiedenen Veranstaltungen wurden die Folgen mit den Verantwortlichen diskutiert und Maßnahmen zur Kompensation erarbeitet. Die Konsequenz ist auch ein für unbestimmte Zeit geöffneter Flughafen Tegel. Seine Nachnutzung als Technologiestandort ist genauso verschoben worden wie die wirtschaftliche Entwicklung im Umfeld des BER.

Um an einem Standort bauen zu können, werden eindeutige und zeitgemäße Rahmensetzungen benötigt, die Investitionssicherheit schaffen, ohne Wettbewerb zu verhindern. Die Stadtentwicklungspläne Industrie und Gewerbe, Zentren, Wohnen und Verkehr formulieren Regeln auf gesamtstädtischer Ebene und werden durch die Konzepte der Bezirke und fachliche Gutachten konkretisiert. Die IHK Berlin ist in die stadtplanerischen Prozesse eingebunden und vertritt die Wirtschaftsinteressen, beispielsweise wenn es um mögliche Eingriffe in die Wettbewerbsfreiheit, zu große Auflagen oder eine zu strikte Steuerung geht.

Um eine ausgewogene Entwicklung und gute Voraussetzungen für alle Einzelhändler zu sichern, hat sich die IHK Berlin beispielsweise an der Aufstellung eines Fachmarktkonzeptes und der Erarbeitung bezirklicher Zentrenkonzepte beteiligt. Bei Fragestellungen zur Nachnutzung von Flächen wie dem Rangierbahnhof Pankow, dem ehemaligen Truppenübungsplatz in Lichterfelde-Süd, dem ehemaligen Hertie-Gelände in der Moabiter Turmstraße oder dem Tanklager in Charlottenburg hat die IHK Berlin einen intensiven Diskussionsprozess geführt. Mit über 100 Stellungnahmen zu Bauleitplänen hat die IHK Berlin auch die bauliche Entwicklung Berlins im Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft maßgeblich beeinflusst, z. B. die Weiterentwicklung des Geländes der ehemaligen Kindl-Brauerei in Neukölln, die Randbebauung des zukünftigen Parks am Gleisdreieck oder das Quartier Heidestraße.

Ein lebendiger Handel, eine gute Nutzungsmischung und ein attraktiver öffentlicher Raum sind wichtige Voraussetzungen für prosperierende Berliner Zentren. Sie stehen im Fokus des Städtebauförderprogramms „Aktive Zentren“ und erhalten eine besondere öffentliche Unterstützung. Aus Gebietsfonds werden die Modernisierung des öffentlichen Raums, die Optimierung der Verkehrswege, das Management der Geschäftsstraßen oder gemeinsame Aktionen der Händler, Gastronomen und Eigentümer finanziert. Die IHK Berlin engagiert sich u. a. gemeinsam mit den lokalen Akteuren in der Karl-Marx-Straße, der Marzahner Promenade, der Müllerstraße, der Turmstraße und in der Wilhelmstadt dafür, die Standorte attraktiver und lebenswerter zu gestalten.

Seit Jahren unterstützt die Berliner Wirtschaft auch den Weiterbau der A 100. Nach der Aufnahme in den Koalitionsvertrag 2011 bestätigte das Leipziger Bundesverwaltungsgericht 2012 den Planfeststellungsbeschluss für den Bauabschnitt zwischen dem Autobahndreieck Neukölln und der Anschlussstelle Treptower Park. Der Bund steht zu dem vordringlichen Projekt und hat die Finanzierung bestätigt. Vorbereitende Arbeiten laufen.

Bei der 2012 mit einem Senatsbeschluss beendeten langjährigen Diskussion über die Zukunft des sanierungsbedürftigen ICC hat die IHK Berlin stets darauf gedrungen, eine bezahlbare Lösung zu finden, die die Zukunftsfähigkeit des gesamten Messe- und Kongressstandorts in den Vordergrund stellt. Die getroffene Senatsentscheidung unterstützt die Zielsetzung, dass auch private Investoren eine Chance erhalten sollen, das Gebäude mit neuen Konzepten zu erschließen, und erst anschließend die Sanierung für die gewählte Nutzung eingeleitet wird.

Und auch für die Verkehrsinfrastruktur müssen die Weichen gestellt werden, damit sie mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten kann. Die Berliner Verkehrsnetze müssen komplettiert und instandgehalten werden, so durch die Tangentialverbindung Ost. Auch durch die Inbetriebnahme des Streckenabschnitts zwischen Berlin und Cottbus für Züge mit Geschwindigkeiten bis 160 km/h wurde ein wichtiger Punkt der Forderung der IHK nach Verbesserung der Bahnverbindung nach Breslau umgesetzt. Überdies wurde mit dem Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Rostock begonnen und der von der Wirtschaft nachdrücklich geforderte deutsch-polnische Staatsvertrag zum Ausbau der Bahnstrecke von Berlin nach Stettin unterzeichnet.

Die Schwerpunkte der Tätigkeit der IHK Berlin 2012

Geschäftsverlauf, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die im Jahr 2010 begonnene finanzielle Entlastung der Mitglieder wurde auch im Geschäftsjahr 2012 fortgesetzt. Nach einem beitragsmäßigen Entlastungsvolumen von 13,5 Mio. € in den Jahren 2010 und 2011, erfolgte im Geschäftsjahr 2012 eine Entlastung der Ausbildungsbetriebe. Für alle neu ab dem Geschäftsjahr 2012 abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse wird der Deckungsgrad auf 50 % Prozent gesenkt, was einem Entlastungsvolumen für die ausbildenden Unternehmen von 3 Mio. € pro Ausbildungsjahrgang entspricht. Insgesamt ist damit die Berliner Wirtschaft seit 2010 um bis zu 30 Mio. € entlastet worden.

Diese Entwicklung ist nur durch den langjährigen konsequenten Sparkurs sowie die gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den Jahren 2004 bis 2012 möglich geworden. Die Zunahme der Nachveranlagungsvolumina bei den Umlagen aus Vorjahren und bei den Grundbeiträgen des laufenden Jahres sind eindeutige Zeichen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Hauptstadt. Die positive wirtschaftliche Entwicklung hat sich nicht nur auf das Beitragsaufkommen und damit auf die Ertragslage sondern auch auf die Finanz- und Vermögenslage ausgewirkt. So konnte der in den letzten Jahren begonnene Prozess der Vermögensbildung abgeschlossen werden. Aufgestockt auf den errechneten Bedarf wurden die freiwilligen Rücklagen, die nicht mehr zum Vermögensaufbau benötigten Mittel werden vorgetragen, um sie gegebenenfalls zum Ausgleich der Wirtschaftspläne 2014 und 2015 oder zur Rücklagenbildung für einen zu bestimmenden Zweck zu verwenden. Ermöglicht haben die positive Entwicklung, die Mehrerträge aus dem Beitrag, Gebühren, Entgelte und die sonstigen betrieblichen Erträge (überwiegend aus der Auflösung von Rückstellungspositionen und die Einsparungen bei den Betriebsaufwendungen).

Das Bilanzvolumen der IHK Berlin ist gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 17,7 Mio. € auf 260,6 Mio. € gestiegen. Die Zunahme basiert überwiegend auf der Zunahme des Anlage- und Umlaufvermögens mit entsprechendem Anstieg des Eigenkapitals. Auf der Aktivseite steigen die Finanzanlagen um 13,2 Mio. €. Vom Finanzanlagevermögen entfallen 82,4 Mio. € auf zwei der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Die Darlehensgewährungen erfolgten im Rahmen der Finanzierung des Ludwig Erhard Hauses. Der Zuwachs bei den Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt 14,0 Mio. € und resultiert aus der Umwidmung von neu angelegtem Umlaufvermögen. Das

Umlaufvermögen steigt um 4,8 Mio. € auf 57,2 Mio. €. Eine weitere Umwidmung von flüssigen Mitteln in Finanzanlagen zur Deckung der für die Vorsorge erforderlichen Rücklagen und Rückstellungen erfolgte wegen des geringen Zinsniveaus und der damit erzielbaren Renditen nicht.

Auf der Passivseite erhöht sich das Eigenkapital durch die planmäßigen Zuführungen zu den Rücklagen und das Ergebnis 2012 um 23,5 Mio. € auf 149,0 Mio. €. Es ist vorgesehen, vom Ergebnis (13,4 Mio. €) 1,8 Mio. € den freiwilligen Rücklagen als Vorsorge zuzuführen. Damit ist der errechnete Bedarf gedeckt. Deshalb wird der Betrag von 11,6 Mio. € auf neue Rechnung vorgetragen. Die Rückstellungen nehmen um 3,1 Mio. € auf 42,9 Mio. € ab; davon entfallen 39,5 Mio. € auf Pensionsrückstellungen. Im Vergleich zum Vorjahr sinken die Pensionsrückstellungen um 3,6 Mio. €, weil die BilMoG-Parameter (Gehalt- und Rententrend) an die tatsächliche Entwicklung angepasst wurden. Neu ausgewiesen wird eine Steuerrückstellung in Höhe von 1,2 Mio. € für die Betriebe gewerblicher Art. Die Verbindlichkeiten haben aufgrund der planmäßigen Tilgungen um 2,3 Mio. € auf 66,7 Mio. € abgenommen. Davon entfallen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 64,8 Mio. €, die ausschließlich zur Finanzierung des LEH aufgenommen wurden.

Die Ertragslage ist erheblich durch die Beiträge geprägt. Sie tragen mit 72,3 % zu den Betriebserträgen bei. Auf Umlagen entfallen 59,1 % und auf Grundbeiträge 40,9 % des Beitragsaufkommens. Die Mehrerträge bei den Beiträgen fließen in den Teil des Jahresergebnisses, das auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Die Gebühren, die die IHK Berlin für hoheitliche Tätigkeiten erhebt, tragen mit 8,6 Mio. € zu den Erträgen bei. Davon entfallen 81,6 % auf die Betreuungs- und Prüfungsgebühren der Berufsaus- und -weiterbildung. Das gegenüber dem Vorjahr rückläufige Aufkommen der Ausbildungsgebühren resultiert mit aus der zu Beginn des Geschäftsjahres vorgenommenen Reduzierung des Deckungsgrades auf 50 % für alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse. Die sonstigen Gebühren setzen sich aus den Prüfungs- und Unterrichtsgebühren der Sach- und Fachkunde und den Beglaubigungen von Außenhandelsdokumenten sowie der Aufgabe „Registrierung der Versicherungsvermittler“ zusammen.

Die Entgelte und sonstigen betrieblichen Erträge tragen mit 11,3 Mio. € zu den den Aufkommen bei. Die Erträge aus Entgelten haben daran einen Anteil von 2,7 Mio. €. Die Erträge aus Entgelten setzen sich überwiegend aus Entgelten aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen (74,7 %) zusammen.

Der Betrieb des LEH steuert zu den Nebenerlösen 2,0 Mio. € bei. Mit insgesamt 8,5 Mio. € überschreiten die sonstigen betrieblichen Erträge den Planansatz um 5,5 Mio. €, was überwiegend auf die Veränderungen der Rückstellungen, insbesondere der Anpassung der Pensionsrückstellungen an die BilMoG-Parameter zurückzuführen ist.

Unter den Betriebsaufwendungen bilden der Personalaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 15,1 Mio. € bzw. 25,2 Mio. € die größten Posten. Von dem Personalaufwand entfallen auf Gehälter (einschl. Aushilfen, Altersteilzeit, Veränderung der Personalrückstellungen) 12,6 Mio. €. Davon entfallen auf Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen 12,5 Mio. €. Zum Jahresende waren 247 Mitarbeiter beschäftigt, dies entspricht einer Personalkapazität von 225,30.

Für die Veränderungen der Pensionsverpflichtungen waren gemäß der Methodenänderung nach BilMoG 0,2 Mio. € beim Personalaufwand und im Finanzergebnis 2,2 Mio. € für die Aufzinsung aufzubringen. Der Betrag schließt die Aufwendungen für die Ruhegehälter und die Hinterbliebenenversorgung mit ein. 521 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Die Aufwendungen für die Leasingraten des LEH, des Erbbauzins und der Miete für die 1,5 Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 20 haben mit 12,3 Mio. € einen Anteil von 48,8 % an den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Für die outgesourcten Dienstleistungen (operativen Dienstleistungen für das LEH und dessen Steuerung, Expedition, EDV, Berlin Partner GmbH, Rechts- und Beratungskosten) fielen 3,1 Mio. € an. Für die Instandhaltung des LEH, der Geschäftsausstattung, für Wartungsverträge für Hard- und Software waren insgesamt 2,8 Mio. € aufzubringen. Davon entfielen 1,9 Mio. € auf Instandsetzungsmaßnahmen für das LEH, wie Fortsetzung der Gebäudeabdichtung, Beseitigung von Wasserschäden, Abwasserstranganierung, Brandschutzertüchtigung von Sanitärkernen, Austausch des Fußbodens im Bistro, Beginn der Erneuerung Gebäudeleitechnik.

Die anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben 2,6 Mio. € betragen. Für Abschreibungen auf Forderungen, Wertberichtigungen waren 1,9 Mio. € zu leisten.

Vom Materialaufwand von 6,8 Mio. € entfallen 0,9 Mio. € auf Materialeinsatz und 5,9 Mio. € auf bezogene Fremdleistungen. Unter Materialaufwand sind alle nach außen gerichteten betrieblichen Leistungen und Produkte zu verstehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird.

Das Finanzergebnis ist durch die Methodenänderung nach BilMoG abgerechneten Aufzinsung, das anhaltend niedrigere Zinsniveau und die volatilen Marktverhältnisse auf dem Anleihemarkt geprägt und hat zum Ergebnis 1,1 Mio. € beigetragen (nach 1,7 Mio. € im Vorjahr).

Investitionen

Die IHK Berlin hat im Geschäftsjahr 2012 insgesamt 0,5 Mio. € in das immaterielle Vermögen und in Sachanlagen sowie 15,6 Mio. € in Finanzanlagen investiert. Aufgrund technischer Probleme wurden Investitionen in Software zum Management der Netzwerkstruktur und in das Themenmanagement in das Jahr 2013 verschoben.

Finanzlage

Die Finanzlage ist durch die gute Ertragslage und die Vorsorge der vergangenen Jahre geprägt. Die Liquidität des Geschäftsjahres hat ausgereicht sämtliche Verpflichtungen zu erfüllen, die geplante Vorsorge abzusichern sowie die Investitionen aus dem Cashflow zu finanzieren. Infolge des geringen Zinsniveaus konnten nicht mehr flüssige Mittel in attraktive Anlagen investiert werden.

Unter Berücksichtigung eines Teils der Ergebnisverwendung 2012 sind die Rücklagen - ohne Vorsorge für Risiken für Altpensionsverpflichtungen außerhalb BilMoG - durch entsprechende Liquidität untersetzt. Die Pensionslasten (Rückstellungen und Rücklage) sind zu 64,4 % durch Liquidität unterlegt (26,5 % unter Einbeziehung der obigen Rücklage).

Chancen und Risiken

Das implementierte rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglicht eine frühzeitige Erkennung wesentlicher bestands-, erfolgs- und existenzgefährdender Risiken sowie eine kontinuierliche Überwachung aller Entscheidungen und Entwicklungen in den Geschäftsbereichen und im Facility Management. Die Wirksamkeit der eingesetzten Maßnahmen zur Identifizierung von rechnungslegungsbezogenen Risiken hat die Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs in einer weiteren Prüfung des internen Kontrollsystems der IHK Berlin bestätigt. Risiken, die den Fortbestand der IHK unter Substanz- und Liquiditätsgesichtspunkten gefährden oder die zukünftige Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden aktuell nicht gesehen.

Für alle im abgelaufenen Geschäftsjahr erkennbaren Risiken wurden, soweit die Voraussetzungen für eine bilanzielle Berücksichtigung gegeben waren, im Rahmen des Jahresabschlusses Vorsorge getroffen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse, die über die normale Entwicklung der Geschäftstätigkeit hinausgehen, sind nicht hervorzuheben.

Aktuelle Entwicklung und Ausblick 2013

Die Wirtschaftsführung 2013 der IHK Berlin setzt den eingeschlagenen Weg der Sparsamkeit und effizienten Mittelbewirtschaftung fort. Nach der Senkung der Beiträge in den Jahren 2010 und 2011 sowie der Senkung der Ausbildungsgebühren auf einen Deckungsgrad von 50 % für alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse werden in 2013 die Beiträge erneut gesenkt. Der Umlagehebesatz sinkt um 17,9 % auf 0,23 % des Gewerbeertrages bzw. des Gewinns aus Gewerbebetrieb. Des Weiteren werden sämtliche Grundbeiträge um 20 % reduziert. Insgesamt wird damit die gewerbliche Wirtschaft um 6,1 Mio. € jährlich entlastet. Ertragsrückgänge, die über die geplanten geringeren Erträge hinausgehen, sind wegen der zu erwartenden Nachzahlungen für vergangene Jahre sowie der Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Berliner Wirtschaft nicht zu erwarten. Der Wirtschaftsplan 2013 sieht keine Rücklagenzuführungen mehr vor. Das leicht negativ geplante Jahresergebnis wird durch Rücklagenentnahme ausgeglichen. Mit der Rücklagenzuführung in Höhe von 1,8 Mio. € aus dem Ergebnis 2012 ist der Vermögensaufbau für eine adäquate Vorsorge abgeschlossen. Dass Ziel, die IHK so auf konjunkturelle Schwankungen vorzubereiten, dass damit einhergehende Ertragsrückgänge aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten gegebenenfalls durch Rücklagenentnahme finanziert werden können, ist erreicht, weshalb der überwiegende Teil des Ergebnisses auf neue Rechnung vorgetragen wird. Zur Konsolidierung der Finanzen hat auch die gute konjunkturelle Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den letzten Jahren wesentlich beigetragen.

Berlin, den 31. Mail 2013

gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Bilanz der IHK Berlin zum 31.12.2012

AKTIVA	Bilanz per		PASSIVA	Bilanz per	
	31.12.2012	31.12.2011		31.12.2012	31.12.2011
A. Anlagevermögen	203.079.627,62	190.135.907,54	A. Eigenkapital	149.021.075,86	125.505.606,32
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	653.846,44	581.155,65	I. Nettoposition	7.489.575,22	7.489.575,22
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	482.846,00	487.985,00	II. Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	24.348.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	171.000,44	93.170,65	III. Andere Rücklagen	103.764.131,10	85.318.621,48
II. Sachanlagen	10.310.095,21	10.649.744,90	IV. Ergebnisvortrag	0,00	0,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	8.688.515,00	8.693.046,00	V. Ergebnis	13.419.369,54	8.349.409,62
2. Technische Anlagen und Maschinen	41.125,00	72.707,00	B. Sonderposten	0,00	0,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.580.455,21	1.883.991,90	I. Sonderposten für Planreste	0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	II. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	192.115.685,97	178.905.006,99	C. Rückstellungen	42.893.283,38	45.983.571,48
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	39.526.168,00	43.159.210,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	2. Steuerrückstellungen	1.172.000,00	0,00
3. Beteiligungen	1,00	1,00	3. Sonstige Rückstellungen	2.195.115,38	2.824.361,48
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	D. Verbindlichkeiten	66.701.675,61	69.006.028,61
5. Wertpapiere des Anlagevermögens (einschl. Festgelder)	100.782.229,08	86.733.589,55	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	64.815.797,56	68.036.473,74
6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	91.333.455,89	92.171.416,44	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.055,67	5.968,34
B. Umlaufvermögen	57.213.227,87	52.390.230,59	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.143.584,40	589.334,93
I. Vorräte	637.817,02	707.966,41	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	72.789,69	77.306,41	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
2. Unfertige Leistungen	565.027,33	630.660,00	6. Sonstige Verbindlichkeiten	736.237,98	374.251,60
3. Fertige Leistungen	0,00	0,00	E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.956.880,58	2.330.350,89
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.748.617,49	9.628.822,64			
1. Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen	7.264.632,77	8.123.387,87			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.483.984,72	1.505.434,77			
III. Wertpapiere	2.017.733,41	2.168.733,41			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.017.733,41	2.168.733,41			
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	0,00			
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	45.809.059,95	39.884.708,13			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	280.059,94	299.419,17			
SUMME AKTIVA	260.572.915,43	242.825.557,30	SUMME PASSIVA	260.572.915,43	242.825.557,30

Berlin, den 31.05.2013

 gez. Dr. Eric Schweitzer
Präsident

 gez. Jan Eder
Hauptgeschäftsführer

Erfolgsrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2012

	Beträge in €	
	Ist 2012	Ist 2011
1. Erträge aus IHK-Beiträgen	51.714.862,67	53.554.654,22
2. Erträge aus Gebühren	8.589.222,78	10.006.018,09
3. Erträge aus Entgelten	2.735.509,65	2.257.009,95
4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	-65.632,67	8.451,98
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Erträge	8.520.227,73	6.429.232,63
davon: Erträge aus Erstattungen	176.776,28	189.928,50
davon: Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	202.516,67	167.314,72
davon: Erlöse aus dem Ludwig-Erhard-Haus	2.036.864,83	2.463.236,66
Betriebserträge	71.494.190,16	72.255.366,87
7. Materialaufwand	-6.821.315,83	-6.123.147,69
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-926.342,52	-954.209,68
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-5.894.973,31	-5.168.938,01
8. Personalaufwand	-15.058.413,18	-14.574.894,29
a) Gehälter	-12.598.399,73	-11.841.938,91
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.460.013,45	-2.732.955,38
9. Abschreibungen	-815.275,06	-773.391,03
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-815.275,06	-773.391,03
b) Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der IHK üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	0,00
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-25.234.798,11	-23.493.491,89
davon: Mieten, Pachten, Erbbauzinsen u. Leasing	-12.312.985,04	-11.406.665,13
davon: Aufwendungen für Fremdleistungen (u.a. Bewirtschaftung LEH, EDV-Dienstleistungen, Miete Hardenbergstraße, Dienstleistungsentgelt Berlin Partner GmbH)	-3.101.262,64	-3.009.265,25
Betriebsaufwand	-47.929.802,18	-44.964.924,90
Betriebsergebnis	23.564.387,98	27.290.441,97
11. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.852.425,90	6.720.889,26
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	409.958,07	574.472,34
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-998.723,76	-324.104,41
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.139.660,67	-5.254.084,66
Finanzergebnis	1.123.999,54	1.717.172,53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	24.688.387,52	29.007.614,50
16. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
17. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.172.262,98	-133,88
19. Sonstige Steuern	-655,00	-71,00
20. Jahresergebnis	23.515.469,54	29.007.409,62
21. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr (+ Überschuss / - Fehlbetrag)	0,00	0,00
22. Entnahmen aus Rücklagen	7.400,00	287.000,00
- aus anderen Rücklagen	7.400,00	287.000,00
23. Einstellungen in Rücklagen	-10.103.500,00	-20.945.000,00
davon in die Ausgleichsrücklage	0,00	-481.400,00
davon in die Liquiditätsrücklage	-3.000.000,00	-500.000,00
davon in die Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	-6.903.500,00	-17.200.000,00
davon in die Rücklage für Instandsetzungen des Ludwig-Erhard-Hauses	0,00	0,00
davon in die Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	-200.000,00	-2.763.600,00
24. Ergebnis	13.419.369,54	8.349.409,62
nachrichtlich: Ergebnisverwendungsvorschlag	13.419.369,54	
davon Einstellung in die Ausgleichsrücklage	0,00	
davon Einstellung in die Liquiditätsrücklage	0,00	
davon Kredittilgungsrücklage Ludwig-Erhard-Haus	603.030,53	
davon Instandsetzung des Ludwig-Erhard-Hauses	964.200,00	
davon in die Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	195.400,00	
davon Ergebnisvortrag	11.656.739,01	

Finanzrechnung der IHK Berlin für das Geschäftsjahr 2012

	Beträge in €	
	Ist 2012	Ist 2011
1. Jahresergebnis (+ Jahresüberschuss / - Jahresfehlbetrag) vor außerordentlichen Posten	23.515.469,54	29.007.409,62
2. a) +/- Abschreibungen / Zuschreibungen	1.772.685,29	1.097.494,44
b) - Erträge aus Auflösung Sonderposten	0,00	0,00
3. +/- Veränderungen Rückstellungen / RAP	-3.444.399,18	-2.560.207,65
4. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	0,00	0,00
5. +/- Abgänge von Gegenständen des Anlagevermögens	-76.124,73	-30.333,76
6. +/- Veränderungen aus der Abnahme und Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.101.354,54	-1.975.354,84
7. +/- Veränderungen aus der Zunahme und Abnahme der Verbindlichkeiten aus IHK-Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	916.323,18	-308.908,73
8. +/- Außerordentliche Posten	0,00	0,00
9. = Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	23.785.308,64	25.230.099,08
10. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	304,00
11. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-238.726,17	-1.046.221,57
12. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	394,84
13. - Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	-309.667,86	-320.624,19
14. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.460.546,02	1.316.876,56
15. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-15.552.432,63	-18.422.761,71
16. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-14.640.280,64	-18.472.032,07
17. a) + Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	0,00	0,00
b) + Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,00	0,00
18. - Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-3.220.676,18	-3.850.327,77
19. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.220.676,18	-3.850.327,77
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	5.924.351,82	2.907.739,24
21. + Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	39.884.708,13	36.976.968,89
22. Finanzmittelbestand am Ende der Periode	45.809.059,95	39.884.708,13

Erläuterungen zur Bilanz

Vorbemerkungen

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der IHKs sind nach § 3 Abs.7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des HGB in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die IHK Berlin hat zum 31. Dezember 2012 einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der kaufmännischen doppelten Buchführung gemäß § 14 Finanzstatut vom 20. September 2006 (FS) i. V. m. Anlage 7 der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts vom 02. Januar 2007 (RFS) aufgestellt, der auch die Regelungen des BilMoG berücksichtigt. Diese wurden im Vorgriff auf die anstehende Anpassung des Musterfinanzstatuts einbezogen.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungslegungsvorschriften (§§ 238 bis 256 HGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der IHKs und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach dem in Anlage III FS vorgeschriebenem Gliederungsschema. Leerzeilen bzw. -posten werden ausgewiesen.

Die Vermögensverwaltung und die BgAs Verpachtung, Drucksachenverkauf, Messen und Veranstaltungen sowie Weiterbildung werden im Jahresabschluss zusammengefasst in der Bilanz ausgewiesen. Die Werte des LEH sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen, jeweils zusammengefasst als LEH, dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Ansatz und die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sind grundsätzlich das FS, die RFS, die Sondervorschriften zur Erstellung der Eröffnungsbilanz sowie die §§ 246 ff. HGB sinngemäß maßgeblich. Die Bewertung der Vermögensgegenstände (VG) und Schulden im Rahmen der Eröffnungsbilanz (1. Januar 2007) erfolgte gemäß Anlage 7 RFS. Dabei waren die Vermögensgegenstände grundsätzlich zu Zeitwerten anzusetzen.

Im Einzelnen kamen folgende Wertansätze beim vorliegenden Jahresabschluss zur Anwendung:

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände Die immateriellen VG wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen entsprechen der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände in der IHK.

Die Abschreibungen werden linear vorgenommen. Dabei werden die steuerlich anerkannten AfA-Tabellen zugrunde gelegt. Danach ist bei immateriellen Vermögensgegenständen eine Nutzungsdauer von drei oder fünf Jahren, bei IHK-spezifischer Software acht Jahre, angesetzt.

Grundstück Die Bewertung des unbebauten Grundstücks erfolgte im Rahmen der Eröffnungsbilanz durch ein Sachverständigengutachten. Dabei wurde der Grundstücksanteil Fasanenstraße 83 - 85 nach Bodenrichtwert (Vergleichswertverfahren) bewertet.

Technische und andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<p>Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde i. d. R. zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.</p> <p>Vor 2008 angeschaffte Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € ausgewiesen. Für die in den Geschäftsjahren 2008 bis 2012 angeschafften GWG (Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 €) ist jeweils ein Pool gebildet worden.</p> <p>Die Abschreibungswerte orientieren sich an der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, die auf den amtlichen AfA-Tabellen basieren. Die Nutzungsdauer ist daher bei technischen Anlagen mit drei bis elf Jahren, bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit drei bis 13 Jahren bemessen.</p>
Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	<p>Die Anteile an der CidS GmbH werden aus kammerpolitischen Gründen gehalten und sind deshalb mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt.</p> <p>Die Anteile an dem verbundenen Unternehmen Wohnheim Reichsstraße GmbH sind mit dem voraussichtlichen Verkaufserlös und den Zuzahlungen in das Eigenkapital der Gesellschaft bewertet.</p>
Wertpapiere des Anlagevermögens	<p>Festverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten, maximal Nennwert, unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips angesetzt. Zur Risikobegrenzung werden die Geldanlagen in der Regel bis zur Fälligkeit gehalten. Fonds sind im Gegensatz zu den Vorjahren mit dem Kurswert bzw. den Anschaffungskosten angesetzt. Die Position beinhaltet auch die Festgeldanlagen für die Ausgleichsrücklage und die anderen Rücklagen, diese sind zum Nennwert ausgewiesen. Da diese Rücklagen langfristig gebunden sind und der IHK Berlin nicht zum kurzfristigen Wirtschaften zur Verfügung stehen, werden diese Anlagen hier als Anlagevermögen ausgewiesen.</p>

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche sind, soweit sie nicht mit dem Barwert oder Rückkaufswert angesetzt sind, zum Nennwert bilanziert. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen entsprechen den Werten für die Ertragssteuerbilanz zum 31. Dezember 2012. Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen sind bei der Position zum Nennwert ausgewiesen, höchstens mit den Anschaffungskosten. Unter den sonstigen Ausleihungen sind auch die Anteile an den Unternehmen aufgeführt, die die IHK aus sachlichen, standortfördernden oder ordnungspolitischen Gründen hält. Sie sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Umlaufvermögen

Vorräte und Unfertige Leistungen

Das Vorratsvermögen wurde zu den Einkaufspreisen bewertet. Aufgrund des Erhebungszeitpunktes der Betreuungsgebühren treten im Bereich der Berufsausbildung unfertige Leistungen auf. Die Ermittlung erfolgt anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverträge pro rata temporis.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalbetrag oder dem niedrigeren beizulegenden Wert, unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips, bewertet worden. Die Forderungen aus Beiträgen wurden, gemäß dem Zahlungsverhalten der vergangenen Jahre in pauschalierter Form einzelwertberichtigt. Für Forderungen aus Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 % gebildet, sofern diese nicht zuvor einzelwertberichtigt wurden.

Flüssige Mittel

Die Guthaben sind zum Nominalwert ausgewiesen.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen werden die bis zum Bilanzstichtag erfolgten Ausgaben, soweit sie auf künftige Perioden entfallen. Im Übrigen gilt für die Aufnahme als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Eigenkapital

Rücklagen

Rücklagen sind zum Nominalwert ausgewiesen. Die Entnahme und die Zuführungen erfolgten gemäß Erfolgsplan.

Rückstellungen

Die Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Betrages gebildet, mit dem eine künftige Inanspruchnahme wahrscheinlich erfolgen wird. Sie berücksichtigen alle zum Erstellungszeitpunkt erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Pensionsrückstellungen

Den Rückstellungen wurden nach den versicherungsmathematischen modifizierten Teilwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck berechnet. Sie wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2012 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 5,04 %. Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurden jährliche Gehaltssteigerungen von 2 % und Rentensteigerungen von 2 % (Vorjahr 3 %) sowie eine Fluktuation von 6 % p. a. unterstellt. Die Regelungen von Art. 28 EGHGB kamen nicht zur Anwendung.

Sonstige Rückstellungen Für Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen, Beihilfen und Jubiläen wurden versicherungsmathematische Gutachten eingeholt.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Anwendung der Richttafeln von Dr. Klaus Heubeck nach dem Stand von 2005 G auf der Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 3) ermittelt. Als Rechnungszinssatz wurden 3,69 % und als Gehaltstrend 2 % (Vorjahr 3 %) angesetzt.

Die Berechnung der Rückstellungen für Jubiläen erfolgte ebenfalls unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck. Als Rechnungszinssatz wurden 5,04 % - der von der Deutschen Bundesbank im Dezember veröffentlichte durchschnittliche Marktzins – angesetzt, der Anwartschaftstrend mit 2 % (Vorjahr 3 %) und die Fluktuation mit 6 % p. a.

Des Weiteren wurden die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Rückstellung für Beihilfe (eine Person) wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck verwendet. Als Rechnungszinssatz wurden 5,04 % wie bei den Pensionsrückstellungen angesetzt.

Die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden wurden pauschal aufgrund von Durchschnittswerten unter Berücksichtigung des Arbeitgeberanteils an den Sozialversicherungsbeiträgen ermittelt. Es wurde der Erfüllungsbetrag angesetzt.

Der zurückgestellte Betrag „Prozesskosten“ betrifft die voraussichtlichen Gerichtskosten für anhängige Rechtsstreitigkeiten einschließlich Rechtsanwalts honorare, Gerichtskosten (laufende Instanz).

Die Rückstellung für Archivierung wurde aufgrund des voraussichtlichen Bedarfs unter Berücksichtigung des gewerblichen Mietmarktes in Berlin gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Gliederung, Restlaufzeiten sowie Besicherungen sind aus dem Verbindlichkeitsspiegel ersichtlich.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Einzahlungen aus Gebühren für noch laufende Ausbildungsverträge vor dem Bilanzstichtag. Die Gebühren werden jährlich in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Dauer der Ausbildungsverträge zeitanteilig aufgelöst. Dieses Prinzip gilt auch für Entgelte aus Langzeitlehrgängen. Für die übrigen Rechnungsabgrenzungsposten gilt grundsätzlich eine Wesentlichkeitsgrenze in Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVA

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Das immaterielle Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus verschiedenen Softwarelizenzen, bewertet zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung linearer Abschreibung. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme angezahlter Software.

Geleistete Anzahlungen auf Software

Im Geschäftsjahr wurden Abschläge auf Software für das Identity Management, die Erneuerung des Netzwerks und der Backup-Umgebung geleistet.

Sachanlagen

Grundstück und Nutzereinbauten im LEH

Der Anteil der IHK am Grundstück Fasanenstraße 83 – 85 beträgt 52 %.

Das Grundstück ist mit einem Erbbaurecht zugunsten der Immobilienvermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG belastet. Diese Gesellschaft hat das Recht bilanziert. Der Erbbauverpflichtete hat in seiner Bilanz das Grundstück als unbebautes Grundstück zu aktivieren. Der Bodenwert für das Grundstück beträgt gemäß Sachverständigengutachten 8,63 Mio. €. Der Verkehrswert wird in Anlehnung an den ermittelten Bodenwert auf dieselbe Höhe geschätzt. Ein Abschlag ist nicht vorzunehmen, da der Erbbauzins ortsüblich und marktgerecht ist.

Die Nutzereinbauten betreffen den Umbau des Börsenparketts in eine Gastro-MRT-Praxis im LEH.

Technische Anlagen und Maschinen

Der Posten Technische Anlagen und Maschinen betrifft überwiegend Einrichtungsgegenstände im LEH.

Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung des LEH betrifft den Küchen- und Restaurantbereich, das Konferenzzentrum sowie die geringwertigen Wirtschaftsgüter (GWG), Büromöbel, Präsentations- und Kommunikationstechnik. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr beruht auf den planmäßigen Abschreibungen.

FinanzanlagenAnteile an verbundenen Unternehmen, s. Umlaufvermögen

Die hundert prozentige Tochter Wohnheim Reichsstraße GmbH wird im Umlaufvermögen ausgewiesen; vgl. Umlaufvermögen.

Beteiligungen

Die IHK hält 50 % vom eingezahlten Stammkapital der CidS Computer in die Schulen gemeinnützigen GmbH. Die Beteiligung ist mit dem Erinnerungswert angesetzt, da bei Auflösung der Gesellschaft der Gesellschaftsvertrag den Verzicht auf die Rückforderung des eingezahlten Kapitalanteils vorsieht.

Wertpapiere des Anlagevermögens, einschl. Festgelder

Die Geldanlagen, festverzinsliche Wertpapiere, Fondsanteile und Festgelder, dienen zur vermögensmäßigen Unterlegung der Rücklagen und der Pensionsrückstellungen. Die Anlage erfolgt unter Beachtung der Anlagevorschriften in Wertpapieren und in Fonds. Angelegt wird in Papieren mit höchster Bonität. Zusammensetzung:

	31.12.2012	31.12.2011
Festverzinsliche Wertpapiere	68,3 Mio. €	46,4 Mio. €
Fondsanteile	1,7 Mio. €	1,8 Mio. €
Festgelder	30,8 Mio. €	38,5 Mio. €

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der planmäßigen Umwidmung von Mitteln aus dem Umlaufvermögen.

Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche

Die sonstigen Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche setzen sich zusammen aus:

- Darlehen an Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (82,4 Mio. €, Vj.: 83,8 Mio. €)
- Einlagengesicherte Schuldscheindarlehen (unverändert 1,5 Mio. €)
- Sonstige Anteile (unverändert 146 T€)
 - Partner für Berlin Gesellschaft für Hauptstadtmarketing mbH
 - Berlin Partner GmbH
 - BBB Bürgschaftsbank Berlin Brandenburg GmbH
 - IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH
 - Messe Berlin GmbH
 - Mittelständische Beteiligungsgesellschaft für die Länder Brandenburg und Berlin GmbH
- Aktivwerte aus Rückdeckungsversicherungen (7,3 Mio. €, Vj.: 6,7 Mio. €)

Die Darlehensforderungen gegen die Immobilien Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG resultieren aus zwei gewährten Darlehen, eins zur Finanzierung der gestiegenen Baukosten des LEH, das zweite im Rahmen der Umfinanzierung des LEH.

Die Rückdeckungsansprüche betreffen die zur Rückdeckung von Pensionszusagen abgeschlossenen Versicherungen.

Umlaufvermögen

Vorräte

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Unfertige Leistungen

Bei der Position Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden vorwiegend Broschüren ausgewiesen. Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr; zweigeteilt zu Anfang und zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung zu erreichen, ist die Bildung von Unfertigen Leistungen sowie eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens erforderlich.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen (nach Wertberichtigung)

Die Forderungen setzen sich aus Beiträgen (6.632,3 T€; Vj.: 7.467,8 T€), Gebühren (321,2 T€; Vj.: 425,1 T€), Entgelten (276,7T€, Vj.: 166,3 T€) sowie Miet- und Pachteinnahmen aus dem LEH (34,5 T€; Vj.: 64,1 T€) zusammen.

Forderungen aus Beiträgen

Der Rückgang der Forderungen um 835,5 T€ gegenüber dem Vorjahr resultiert aus einem geringerem Veranlagungsvolumen und der Vollstreckung aller Beitragsforderungen des Geschäftsjahres 2011 (17.500 Fälle mit einem Forderungsvolumen von 5,5 Mio. €). Im Laufe des Jahres konnten 4,3 Mio. € beigetrieben werden.

Die Forderungen aus Beiträgen (vor Wertberichtigung 11,2 Mio. €; davon 5,5 Mio. aus Vorjahren) sind bei Handelsregister-Unternehmen (HR) bzw. Kleingewerbetreibenden (KGT) um folgende pauschalierte Wertberichtigungen korrigiert:

Geschäftsjahre	HR	KGT
2012	20 %	20 %
2011	40 %	50 %
2010	60 %	80 %
2009	80 %	100 %
2008 und weitere	100 %	100 %

Die Forderungen aus streitigen Bemessungsgrundlagen – die Gewerbesteuerbescheide sind angefochten worden und/oder gerichtsanhängig – belaufen sich auf 2.218,2 T€ (Vj.: 1.456,1 T€).

Zur Überprüfung der periodengerechten Erfassung der Erträge aus Beiträgen wurde Mitte Dezember anhand aller bis zu diesem Zeitpunkt verfügbaren, noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen eine Berechnung der sich daraus für das laufende Jahr und die Vorjahre ergebenden potentiellen Beitragsansprüche und Erstattungsverpflichtungen vorgenommen. Diese belaufen sich auf:

	31.12.2012	31.12.2011
	T€	T€
Beitragsansprüche	16.531	20.563
- davon laufendes Jahr	1.845	1.709
- davon Vorjahre (rechnerisch)	14.686	18.854
Erstattungsverpflichtungen	3.906	3.150
- davon laufendes Jahr	14	10
- davon Vorjahre (rechnerisch)	3.892	3.140
Saldo	12.625	17.413

Die stetige Bilanzierung der IHK Berlin zeichnet sich dadurch aus, dass nur beschiedene Forderungen und damit realisierte Beiträge erfasst werden. Eine Verarbeitung dieser noch nicht beschiedenen Bemessungsgrundlagen im laufenden Geschäftsjahr ist darüber hinaus wegen Kollision mit dem effizienten Forderungsmanagement - Veranlagung, Mahnung, Beitreibung in einem Jahr – nicht sinnvoll, weil die Rechtsgrundlage für die Beitreibung - bestandskräftiger Bescheid – entfallen würde. Die Verbescheidung der Bemessungsgrundlagen erfolgt deshalb stetig im Rahmen der nächsten Hauptveranlagung im März / April 2013. Im Erfolgsplan 2013 sind sie als Beiträge aus Vorjahren ausgewiesen (Planwert 14,4 Mio. €).

Forderungen aus Gebühren und Entgelten sowie aus sonstigen Lieferungen und Leistungen

Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 674,1 T€. Dieser setzt sich zusammen aus Gebühren für den Bereich hoheitlicher Aufgaben und Entgelten aus Leistungen im Servicebereich.

Die Forderungen, die sich im Amtshilfeersuchen bzw. im gerichtlichen Mahnverfahren befinden, wurden zu 100 % einzelwertberichtigt, Forderungen in Mahnung wurden zu 30 % einzelwertberichtigt (insgesamt 64,7 T€). Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand aus Gebühren, Entgelten sowie sonstigen Lieferungen und Leistungen erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % (insgesamt 11,5 T€).

Die Forderungen aus dem LEH betreffen Mieten, Betriebskostenpauschalen, Betriebskostenvorauszahlungen und die Betriebskostenabrechnung 2011. Der Bestand beträgt vor Wertberichtigung insgesamt 45,8 T€. Eine Forderung aus dem Jahresabschluss 2011 wurde zu 2/3 einzelwertberichtigt (11,0 T€) und vorgetragen. Auf den restlichen Gesamtforderungsbestand erfolgte eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2 % (insgesamt 0,4 T€).

Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Gegen das verbundene Unternehmen, die Wohnheim Reichsstraße GmbH, bestehen keine Forderungen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich aus Forderungen gegen Kreditinstitute (1.437,5 T€), aus Umsatzsteuer in Höhe von 17,8 T€ sowie gegen den DIHK aus Abwicklung Versicherungsvermittlerregister von 4,8 T€ zusammen. Des Weiteren werden Übrige Vermögensgegenstände von 23,6 T€ und debitorische Kreditoren von 0,3 T€ ausgewiesen.

Bei den Sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen, die nicht aus Lieferungen und Leistungen resultieren.

Wertpapiere

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr um 151 T€ resultiert aus der Rückzahlung einer früher geleisteten Einlage. Die Gesellschaft hat als wesentliches Vermögen ein mit einem Wohnheim bebautes Grundstück. Sie soll veräußert werden.

Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks

Die Guthaben und Bestände wurden mit dem Nominalwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Auf die Rechnungsabgrenzungsposten entfallen:

- Erbauzins (95,3 T€)
- Prüfungsunterlagen und Wartungsverträge (184,7 T€)

PASSIVA

Eigenkapital

Die **Nettoposition** beträgt 5,0 % des Eigenkapitals.

Die Rücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Rücklage	Stand 01.01.2012	Ergebnis- verwendung 2011	Planzuführung/ Entnahme 2012	Stand 31.12.2012
Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	0,00	0,00	24.348.000,00
Ausgleichsrücklage	24.348.000,00	0,00	0,00	24.348.000,00
Liquiditätsrücklage	18.332.300,00	0,00	3.000.000,00	21.332.300,00
Instandsetzung LEH	9.900.000,00	1.500.000,00	0,00	11.400.000,00
Kredittilgungsrücklage LEH	42.315.278,81	6.849.409,62	6.903.500,00	56.068.188,43
Umstrukturierung Qualitätssteigerung Personal	7.442,67	0,00	-7.400,00	42,67
Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG	14.763.600,00	0,00	200.000,00	14.963.600,00
Andere Rücklagen	85.318.621,48	8.349.409,62	10.096.100,00	103.764.131,10

Die **Ausgleichsrücklage** ist gemäß § 15 (3) FS zwischen 30 % und 50 % der Betriebsaufwendungen zu dotieren. Sie dient dem Ausgleich des Wirtschaftsplans bei ungenügenden Erträgen, die hauptsächlich durch konjunkturell bedingte Schwankungen im Beitragsaufkommen entstehen. Der Anteil der Ausgleichsrücklage i. H. v. 24.348 T€ an den Aufwendungen des Erfolgsplanes 2012 (59.888,4 T€) beträgt 40,66 %.

Andere Rücklagen

Die Zusammensetzung der anderen Rücklagen ist aus der obigen Tabelle zu entnehmen.

Der Anteil der Liquiditätsrücklage an den Aufwendungen des Erfolgsplanes 2012 beträgt 35,62 %. Die Liquiditätsrücklage kann gemäß § 15 (3) Finanzstatut mit bis zu 50 % der Betriebsaufwendungen gebildet werden.

Sie dient zur Sicherung der Liquidität und damit zur Vorsorge bei Ausfällen von Gebühren und Entgelten und bei der IHK Berlin zusätzlich zur Vorsorge für die 28 %-ige Erhöhung der Leasingrate ab Oktober 2012. Sowie der gesamten finanziellen Verpflichtungen aus dem Leasingvertrag bis 2027.

Ergebnis

Das Ergebnis 2012 in Höhe von 13.419,4 T€ soll vorgetragen und den Rücklagen zugeführt werden. Nachrichtlich folgender Ergebnisverwendungsvorschlag:

Ergebnisvortrag	11.656,7 T€
Zuführung zur Rücklage für Instandsetzung LEH	964,2 T€
Zuführung zur Kredittilgungsrücklage LEH	603,0 T€
Zuführung zur Rücklage zur Vorsorge für Altpensionsverpflichtungen für Risiken außerhalb BilMoG	195,4 T€

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen (39.526,2 T€, Vorjahr 43.159,2 T€) beinhalten neben den Anwartschaften und Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern auch die Verpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitarbeitern der früheren hundertprozentigen IHK-Tochter BAO Berlin International. Im Wege der Gesamtrechtsnachfolge ist diese Gesellschaft in der Berlin Partner GmbH aufgegangen. Für die bis zum 31. Dezember 2003 entstandenen Anwartschaften ist die IHK rückstellungspflichtig. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr resultiert auf der Umstellung der Bewertungsparameter nach dem BilMoG. 521 Personen haben Anspruch auf eine Altersversorgung.

Steuerrückstellungen

Die Rückstellung für Körperschafts-, Gewerbe-, Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag für einige BGAs (Weiterbildung, Messen und Veranstaltungen) in Höhe von 1.172 T€ wurde im Geschäftsjahr 2012 für Steuerrisiken neu gebildet. Sie betrifft mit 688 T€ die Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer für die Jahre 2010 bis 2012. Für diesen Zeitraum betreffen 484 T€ die Kapitalertragssteuer inkl. Solidaritätszuschlag. Für die Jahre davor besteht kein Steuerrisiko. Der Rückstellung liegt eine worst-case-Betrachtung zu Grunde. Ursächlich für die Ausweisung ist die Nichtanerkennung von Betriebsaufwendungen (u. a. Personal-, Hauskosten) durch die Finanzverwaltung, da diese schon im Rahmen der hoheitlichen Tätigkeit anfallen und die Erfüllung der Aufgabentätigkeit der IHK betriebsnotwendig sind. Nach Auffassung der IHK Berlin erfolgen die Zuordnungen von Betriebsaufwendungen nach den allgemeinen Kostenrechnungsmethoden. Darüber hinaus betrifft die Auffassung der Finanzverwaltung, die auf einem Urteil des Bundesfinanzhofs aus dem Jahr 1991 fußt, den anders gelagerten Fall der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe gemeinnütziger Unternehmen und Vereine.

Sonstige Rückstellungen

- Personalrückstellungen 928,4 T€ (Vorjahr 912,8 T€)
- Rückstellung für Prozesskosten 889,7 T€ (Vorjahr 954,8 T€)
- Rückstellung für Jumboveranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten 73,7 T€ (Vorjahr 673 T€)
- Sonstige übrige Rückstellungen 303,3 T€ (Vorjahr 283,7 T€)

Von der Rückstellung für Prozesskosten entfallen 433,5 T€ auf den Grunderwerbsteuerrechtstreit – Anteil VBKI – im Zusammenhang mit der Errichtung des LEH. Die Rückstellung betrifft nur noch den Zinsanspruch der Steuerverwaltung, da die Steuer in Höhe von 1.100 T€ zur Vermeidung von Säumniszuschlägen in früheren Jahren bereits beglichen wurde. Der BFH hat im April 2013 die Revision als unbegründet zurückgewiesen, die Rückstellung wird nach Erlass des entsprechenden Bescheids verbraucht.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag €	Restlaufzeit			Gesicherte Beträge €	Art der Sicherung
		Bis 1 Jahr €	Zwischen 1 und 5 Jahren €	Mehr als 5Jahre €		
Gegenüber Kreditinstituten	64.815.797,56	2.042.150,08	9.112.959,88	53.660.687,60	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.055,67	6.055,67	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus Lieferungen und Leistungen	1.143.584,40	1.143.584,40	0,00	0,00	0,00	0,00
Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige	736.237,98	429.315,17	306.922,81	0,00	0,00	0,00
Summe	66.701.675,61	3.621.105,32	9.419.882,69	53.660.687,60	0,00	0,00

Gegenüber den Kreditinstituten bestehen folgende Verbindlichkeiten:

Darlehen LBB	64.807.790,32 €
Zinsen	8.007,24 €

Von den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entfallen 405,0 T€ auf das LEH.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen:

- Kreditorische Debitoren (403,7 T€)
- Kautionen der Nutzer des LEH (25,4 T€)
- Sicherheitseinbehalte aus Umbauten und Renovierung des LEH (37,3 T€)
- Sonstige Verbindlichkeiten (25,7 T€)
- Sonstige Verbindlichkeiten ILV (244,1 T€; davon 17,9 T€ USt.)

Die kreditorischen Debitoren entfallen überwiegend auf Beitragsguthaben.

Bei den Sonstigen Verbindlichkeiten ist der zurückgehaltene Anteil der 61. Leasingrate für das 4. Quartal 2012 an die ILV in Höhe von 244,1 T€ (inkl. Zinsen) ausgewiesen. Dies erfolgte, weil die Leasingrate die Summe der Teilbeträge für die vereinbarte Verzinsung des Eigenkapitals, die tatsächlichen Zinsen auf das Fremdkapital sowie die Amortisation des Leasingobjektes in der vereinbarten Höhe übersteigt. Bezüglich der Einzelheiten wird auf die Ausführungen zum Leasingvertrag bei den Sonstigen finanziellen Verpflichtungen verwiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die IHK Berlin erhebt eine Betreuungsgebühr größtenteils zur Mitte des Ausbildungsverhältnisses, in der Regel zur Zwischenprüfung. Um eine periodengerechte Zuordnung der Erträge zu erreichen, ist die Bildung eines Passiven Rechnungsabgrenzungspostens sowie einer Unfertigen Leistung (Position Aktiva B I. 2) erforderlich. Die Erträge werden pro rata temporis pro Ausbildungsverhältnis ermittelt und ausgewiesen (1.787,8 T€).

Bei den Lehrgängen und Seminaren des Bereichs Weiterbildung gibt es jahresübergreifende Veranstaltungen. Die Erträge (96,1 T€) wurden veranstaltungsweise abgegrenzt.

Für im Dezember 2012 eingezahlte Gebühren für Gefahrgutfahrerprüfungen und Unterrichtungen im Bewachungsgewerbe sind 72,0 T€ abzugrenzen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das LEH ist von der IHK für die Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG (IVG) errichtet worden. Die IVG hat das Gebäude an die ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH (ILV) verleast, die das LEH an die IHK Berlin weiter verleast hat. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 30 Jahre und dauert bis zum 31. Dezember 2026. Für die erste Mietperiode – 20 Jahre – ist die Gesamtmiete fest vereinbart. Sie steigt im fünfjährigen Rhythmus (Erhöhung: Oktober 2012 um 28 %). Die Gesamtmiete für die zweite Periode wird zum Ende der ersten Mietperiode neu festgesetzt.

Die im Rechnungsjahr 2006 abgeschlossene Umfinanzierung wurde zum 3. Juli 2007 wirksam. Durch Ablösung der Fremdfinanzierung (81,3 Mio. €) und einer günstigeren Refinanzierung wird die Leasingrate gesenkt. Die IHK tritt an die Stelle des bisherigen Kreditgebers des Leasinggebers und reicht das aufgenommene Schuldscheindarlehen zu denselben Zinskonditionen an die IVG weiter. Die Zinsersparnis bei der IHK beträgt 2,5 % jährlich bis zum Jahre 2016. Der ersparte Aufwand wird zum Vermögensaufbau genutzt.

Das Grundstück Fasanenstraße 85 gehört dem VBKI und der IHK. Für die Dauer von 60 Jahren ist der IVG 1994 ein Erbbaurecht zur Errichtung des LEH eingeräumt worden. Die IHK hat sich verpflichtet, den von der IVG an den VBKI zu leistenden jährlichen Erbbauzins zu bezahlen. Für 2013 ergeben sich aus dem Leasinggeschäft folgende Belastungen:

- Leasingraten: 14,01 Mio. €
- Erbbauzins: 0,58 Mio. €

Für die erste Dekade des Leasingvertrages (bis zum 31. Oktober 2017) errechnet sich eine Verpflichtung in Höhe von 67,6 Mio. €. Für den Zeitraum betragen die Aufwendungen für den Erbbauzins voraussichtlich 2,9 Mio. €.

Mit der 61. Leasingrate für das 4. Quartal 2012 hat die IHK einen Betrag von 244,1 T€ (inkl. Zinsen) einbehalten und bei den sonstigen Verbindlichkeiten gesondert ausgewiesen. Denn die Leasingrate übersteigt die Summe der Teilbeträge für die vereinbarte Verzinsung des Eigenkapitals, die tatsächlichen Zinsen auf das Fremdkapital sowie die Amortisation des Leasingobjektes in der vereinbarten Höhe. Die ILV hatte der IHK den Leasingvertrag seinerzeit mit der Maßgabe angetragen, dass die IHK Berlin nur diejenigen Beiträge zu zahlen hat, die die ILV ihrerseits als Leasingrate an die IVG verpflichtet zu zahlen ist. Mit der Zwischenschaltung der ILV sollten keine höheren Kosten verbunden sein als bei einem Abschluss unmittelbar mit der IVG. Die ILV handelt als Verwalter für den von ihr initiierten Fonds. Gemäß Fondsprospekt betragen die auf Basis der Gesamtinvestitionskosten sowie Zinsen für das Eigen- und Fremdkapital berechneten Leasingraten in dem zwischen der IVG und der ILV geschlossenen Hauptleasingvertrag für den Zeitraum ab dem 1. Oktober 2012 DM 26.618.500. Demgegenüber werden der IHK Berlin Quartalsraten berechnet, die in der Summe eines Jahres um mehr als 1 Mio. € über dem Betrag liegen, trotz wirtschaftlicher Identität der Leasingverträge.

Im Gebäude Hardenbergstraße 20 werden für den Zeitraum 1. Mai 2012 bis 30. April 2017 1.100 Quadratmeter Unterrichtsräume angemietet. Die Verpflichtung beträgt über die restliche Laufzeit noch 875,7 T€.

Für Belastungen aus Wartungs- und Supportverträgen für Hard- und Software sind 2013 864,0 T€ vorgesehen. Mit den Dienstleistern sind Verträge mit Laufzeiten von bis zu vier Jahren geschlossen.

Des Weiteren sind zwei Dienstwagen geleast. Die Laufzeiten, die abhängig von Zeitpunkt der Beschaffung sind, betragen drei Jahre. Für die Jahre 2013 und 2014 resultieren daraus Belastungen von 36,0 T€.

Seit 2011 hat die IHK Berlin das Gebäudemanagement des LEH übernommen.

Die Steuerung und das Controlling obliegt der IHK Berlin, die sich dazu auch externen Sachverständigen bedient. Die Durchführung des Facility Managements erfolgt durch operative Dienstleister. Die vom Generalbetreiber bis Ende 2010 zusätzlich erbrachten Dienstleistungen Zentrale Funktionen und Services für die IHK wie Postdienste, Schulungsraumbewirtschaftung und Reinigung wurden ab 2011 erneut outsourct. Mit den Dienstleistern wurden Verträge mit bis zu drei Jahren Laufzeit abgeschlossen. Für 2013 betragen die eingegangenen Verpflichtungen 1,06 Mio. €.

Die IHK Berlin ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK Berlin bei Auflösung des Vereins das nach der Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31. Dezember 2012 bei einer Bilanzsumme von 116,1 Mio. € ein Eigenkapital von 47,0 Mio. € aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Art. 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 1. Januar 1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von 37,0 Mio. € nicht in der Bilanz zum 31. Dezember 2012 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen betragen per 31. Dezember 2012 39,2 Mio. €. Rechnerisch ergibt sich unter Berücksichtigung der nicht passivierten Pensionsverpflichtungen ein positives Eigenkapital von 10,0 Mio. €.

Auf der Grundlage des am 23. März 2011 von der Vollversammlung des DIHK beschlossenen neuen § 16 Abs. 4 der Vereinssatzung können periodenunabhängig auch jährlich zweckgebundene Kapitalzuführungen zum Aufbau des Eigenkapitals des DIHK festgesetzt werden. Die IHKs stellen für diesen Zweck beschlussgemäß in Aussicht, ab 2012 bis voraussichtlich 2018, gemäß DIHK-Umlageschlüssel einen Betrag von jährlich 1,4 Mio. € an den DIHK zu leisten.

Der Beitrag der IHK Berlin zum DIHK belief sich 2012 auf rund 3,23 % des Gesamtbeitragsaufkommens des DIHK.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Die Finanzierung der IHK Berlin als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgt im Wesentlichen über die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, Gebühren sowie Entgelten. Jährlich wird ein Wirtschaftsplan erstellt, der sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan gliedert. In der Erfolgsrechnung sind sämtliche Erträge und Aufwendungen aufgeführt. Die Gliederung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB mit den Spezifika einer IHK. Wegen des Körperschaftscharakters werden Beiträge, Gebühren und Entgelte nicht als Umsatzerlöse, sondern als Erträge bezeichnet. Die Planung und der Vollzug folgt den Grundsätzen zweckmäßiger und auf Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedachter Finanzwirtschaft.

Erträge aus IHK-Beiträgen

Der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der IHK Berlin wird durch Beiträge gedeckt. Die Veranlagung zu den Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die in Berlin eine gewerbliche Niederlassung oder eine Betriebsstätte unterhalten und eine gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit ausführen. Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres. Die IHK Berlin wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Berlin die endgültige Bemessungsgrundlage bekannt gegeben wird.

Die Erträge aus Beiträgen werden deshalb nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und den Veranlagungen aus Vorjahren (endgültig) unterschieden. Weiterhin werden sie nach den leistungsabhängigen Umlagen und den leistungsunabhängigen Grundbeiträgen gegliedert. Gegenüber dem Vorjahr blieben die Grundbeiträge und der Umlagesatz unverändert.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2012	2012	2012	2011
Beiträge	51.714,9	48.000,0	3.714,9	53.554,7
davon:				
Grundbeiträge laufendes Jahr	15.055,3	14.950,8	104,5	14.631,9
Umlage laufendes Jahr	14.937,0	14.831,4	105,6	13.087,0
Grundbeiträge Vorjahre	6.099,1	8.134,2	-2.035,1	7.599,8
Umlage Vorjahre	15.623,5	10.083,6	5.539,9	18.235,9

Die Mehrerträge resultieren überwiegend aus den Umlagen aus Vorjahren. Grundlage für die nicht vorhersehbaren zusätzlichen Erträge ist die Endrabrechnung der Bemessungsgrundlagen, überwiegend der Jahre 2008 und 2009. Sie kompensieren den Rückgang bei den Grundbeiträgen aus Vorjahren. Im Vergleich zu 2011 ist eine Abnahme im Aufkommen festzustellen, die u. a. auf die Senkung der Beiträge in den Jahren 2010 und 2011 zurückzuführen ist.

Erträge aus Gebühren

Aus den hoheitlichen Aufgaben der IHK ergeben sich Erträge aus Gebühren, die sich in Ausbildungs-, Fortbildungs- und sonstige Gebühren gliedern:

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2012	2012	2012	2011
Gebühren	8.589,2	9.159,7	-570,5	10.006,0
davon:				
Berufliche Ausbildung	5.989,1	6.696,0	-706,9	7.366,6
Fortbildungsprüfung	1.018,6	1.012,8	5,8	1.076,0
Sonstige Gebühren	1.581,5	1.450,9	130,6	1.563,4

Ab August des Geschäftsjahres 2012 sind die Ausbildungsgebühren für alle neu abzuschließenden Ausbildungsverhältnisse auf einen Deckungsgrad von 50 % gesenkt worden. Insgesamt beträgt das Entlastungsvolumen für die ausbildenden Unternehmen 3.000 T€ (Vj. 2.700 T€) pro Ausbildungsjahrgang.

Die Mindererträge der Ausbildungsgebühren resultieren aus der Umstellung vieler Unternehmen von der viermonatigen auf die dreimonatige Probezeit bereits in 2011. Gebührenerträge wurden demnach verstärkt bereits Ende 2011 erhoben. Diese Umstellung war zum Zeitpunkt der letztjährigen Planung nicht bekannt, weshalb die Erträge für 2012 eingeplant wurden. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Zwischenprüfungsteilnehmer in 2012 etwas weniger stark als erwartet ausgefallen ist, in der Gastronomie und im Handel weniger neue Ausbildungsverhältnisse als erwartet abgeschlossen wurden und mehr Lösungen von Ausbildungsverträgen vorgenommen wurden als in den vergangenen Jahren.

Die über dem Planansatz liegenden Erträge bei den sonstigen Gebühren stammen aus erhöhten Teilnehmerzahlen an den Prüfungen und Unterrichtungen im Bereich Sach- und Fachkunde, insbesondere bei den Arzneimittelprüfungen, der Gaststättenunterrichtungen sowie der Unterrichtungen und Prüfungen im Bewachungsgewerbe.

Erträge aus Entgelten

Unter den Erträgen aus Entgelten werden alle Verkaufserlöse wie Drucksachen, Anschriften, Erlöse aus Beratungen und Vorabstellungen zu Handelsregistereintragungen sowie die Entgelte aus Lehrgängen, Seminaren und Veranstaltungen abgerechnet.

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung T€ 2012	Ist T€ 2011
Entgelte	2.735,5	2.020,9	714,6	2.249,5
davon:				
Verkaufserlöse	691,3	173,5	517,8	186,2
Lehrgänge, Seminare	2.044,2	1.847,4	196,8	2.070,8
Sonstige Entgelte	0,0	0,0	0,0	0,0

Der Anstieg gegenüber dem Planansatz um 714,6 T€ geht überwiegend auf die geänderte Art des Ausweises der „Berliner Wirtschaft“ zurück. Mit Beginn des Geschäftsjahres werden die Erträge und die Aufwendungen (Materialaufwand) abgebildet. Die geänderte Darstellung hat zu keinen Mehrbelastungen geführt.

Die Mehrerträge im Bereich der Weiterbildung beruhen auf dem Angebot zusätzlicher Lehrgänge (z. B. AEVO) aufgrund gestiegener Nachfrage

Die Erlöse aus Formularen, Drucksachen, Anschriften etc. fallen wesentlich geringer aus als eingeplant, da der Adressenservice der IHK Berlin im Januar 2012 eingestellt wurde, was zum Zeitpunkt der Planung für 2012 noch nicht abzusehen war

Unfertige Leistungen

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung T€ 2012	Ist T€ 2011
Bestandsveränderung	-65,6	-200,0	-134,4	8,5
Fertige und Unfertige Leistungen	-65,6	-200,0	-134,4	8,5

Die Reduzierung der Ausbildungsgebühren zum August 2012 erfordert ein Abschmelzen des Bestandes an unfertigen Leistungen. Die Planung 2012 erfolgte auf Basis einer zu großzügigen Schätzung. In den Geschäftsjahren 2013 ff. wird sich die Absenkung der Gebühren in einem verstärktem Bedarf niederschlagen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren aus den Vermietungs- und Pächterlösen des LEH und den erstatteten Betriebskosten. Des Weiteren sind bei der Position die Auflösung von Rückstellungen, die Herabsetzung von Wertberichtigungen, erhaltene öffentliche Zuwendungen sowie Erstattungen abgerechnet. Letztere betreffen Personalkosten (Conrad Stiftung und Wohnheim Reichsstraße GmbH), Prüfungsmaterialien, die Rückvergütung von Versorgungsbezügen und die Kofinanzierung von Veranstaltungen. Öffentliche Zuschüsse (Zuwendungen) erhält die IHK für das Projekt „Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen“ (Anteilsfinanzierung von 80 %, IHK-Anteil 20 %), das Programm „Neue Märkte erschließen – Gemeinschaftsprojekte“ und eine Eingliederungshilfe vom Deutschen Rentenversicherungsbundes.

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung T€ 2012	Ist T€ 2011
Sonstige betriebliche Erträge	8.520,2	3.057,1	5.463,1	6.429,2
davon:				
Erlöse aus dem LEH	2.036,9	1.953,4	83,5	2.463,2
Erstattungen	176,8	142,9	33,9	190,0
Erträge aus öffentlichen Zuwendungen	202,5	96,0	106,5	167,3
Sonstige betriebliche Erträge	6.104,0	864,8	5.239,2	3.608,7

Die erheblichen überplanmäßigen Erlöse resultieren überwiegend aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen (4.054,6 T€), der Auflösung oder Herabsetzung von einer Einzelwertberichtigungen (215 T€) und der Auflösung von Rückstellung für Jumbo-Veranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten (600,6 T€). Die Anpassung der Pensionsrückstellungen beruht auf Änderungen der BilMoG-Kriterien (Gehalts- und Rententrend). Diese Jahresabschlussbuchungen wurden bei der Aufstellung des Planes nicht berücksichtigt. In 2012 wurden alle zum Ende des Geschäftsjahres 2011 offenen Beitragsforderungen vollstreckt, weshalb die Erstattungen aus Mahnkosten zum Beitrag gegenüber dem Planansatz um 206 T€ höher ausfielen.

Zu der Zunahme der Erlöse aus dem LEH gegenüber dem Plan haben überwiegend die Nachforderungen aus der Betriebskostenabrechnung des Vorjahres beigetragen. Diese lag zum Zeitpunkt der Planung für 2012 noch nicht vor.

Die höher als geplant ausgefallenen Zuwendungen beruhen überwiegend auf der Durchführung einer Unternehmer-Delegationsreise nach Indien, für die 88 T€ Fördergelder zur Weiterleitung an die beauftragten Dienstleister in Anspruch genommen wurden.

Materialaufwand

Die Gliederung der Erfolgsrechnung basiert auf dem Industriekontenrahmen. Der Materialaufwand ist deshalb als der Aufwand definiert, der unmittelbar mit der betrieblichen Leistungserstellung in Zusammenhang steht. Für die IHK als Dienstleister der Wirtschaft sind unter betrieblicher Leistungserstellung alle nach außen gerichteten Leistungen und Produkte zu sehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird. Für die Verbuchung des Aufwandes ist die Art der Leistung (Interessenvertretung, hoheitliche Aufgaben, Service) unerheblich. Demzufolge sind bei diesem Posten die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, die Sach- und Fachkunde sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen einschließlich Messen abgerechnet. Zu den Positionen gehören u. a. Raummieten, Referentenhonorare, Prüferentschädigungen, die Kosten für die Erstellung der Berliner Wirtschaft und des Jahresberichtes sowie für das Premiumprodukt „Frühstücksgespräche“.

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung T€ 2012	Ist T€ 2011
Materialaufwand	6.821,3	6.775,6	45,7	6.123,1
davon:				
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	926,3	937,1	-10,8	954,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.895,0	5.838,5	56,5	5.168,9
davon: Honorare (u. a. Dozenten)	870,6	799,2	71,4	683,8
davon:				
Prüferentschädigungen	1.650,9	1.642,6	8,3	1.780,40
davon: Sonstiges (Miete, Bewirtung, Technik, Ausstattung)	2.326,5	2.441,8	-115,3	2.571,5

Der Anstieg gegenüber dem Plan 2012 von 45,7 T€ setzt sich aus verschiedenen Verschiebungen des Aufkommens zusammen. Erwähnenswert ist der geänderte Ausweis der „Berliner Wirtschaft“, der zu höheren Erträgen und Materialwand führt (s. o. bei den Entgelten). Die höheren Druckkosten werden durch Minderaufwendungen bei den übrigen Kontengruppen überwiegend kompensiert. Als wesentlich sind die Einsparungen bei der Anmietung von Prüfungs- und Veranstaltungsräumen durch ein optimiertes Raummanagement (202,5 T€) und bei der Durchführungen von Veranstaltungen (302,6 T€) u. a. durch Beteiligung Dritter zu nennen.

Personalaufwand

Beim Personalaufwand sind die Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die sozialen Abgaben, die Aufwendungen für die Altersversorgung und die Vorsorge abgerechnet. Die sozialen Abgaben und die Vorsorgeaufwendungen haben mit 2.460 T€ einen Anteil von 16,3 % (Vj.: 18,7 %) an den Aufwendungen. Ursächlich für den Rückgang gegenüber dem Plan ist die Anpassung von Anwartschafts- und Rententrend des BilMoG-Parameters auf 2 % (Vj.: 3 %).

	2012	2012	2012	2011
Personalaufwand	15.058,4	16.158,3	-1.099,9	14.574,9
Gehälter (einschl. Aushilfen, Veränderung der Personalarückstellungen, VL- Leistungen)	12.598,4	12.885,2	-286,8	11.841,9
<i>davon:</i>				
- <i>Gehälter aus befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen (einschl. VL-Leistungen)</i>	12.474,2	12.748,2	-274,0	11.714,0
- <i>Ausbildungsvergütungen</i>	124,2	137,0	-12,8	127,9
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	2.460,0	3.273,1	-813,1	2.733,0

Planungsgrundlage ist die ganzjährige Erbringung der Arbeitsleistung und vollständige Besetzung der Planstellen. Krankheitsbedingte Abwesenheiten sowie die verzögerte Besetzung von Stellen haben zu den Minderaufwendungen sowohl bei den Gehältern als auch bei den Sozialabgaben geführt.

Der sich nach der Einführung des BilMoG ergebende Zinsanteil aus der Anpassung der Altersvorsorgeverpflichtungen (2.148,1 T€) ist unter den Zinsaufwendungen im Finanzergebnis dargestellt.

Abschreibungen

Die Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sie basieren auf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2012	2012	2012	2011
Abschreibungen	815,3	1.043,0	-227,7	773,4
<i>davon:</i>				
Immaterielle Vermögensgegenstände	237,0	382,8	-145,8	202,6
Abschreibungen auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (einschl. GWG)	578,3	660,2	-81,9	570,8

Die Nichtausschöpfung resultiert überwiegend aus der aus technischen Gründen nicht durchgeführten Investition in die Software zum Management der Netzwerkstruktur. Verschoben wurde der Erwerb der Software in das Themenmanagement. Des Weiteren wurde auf die Neumöblierung der angemieteten Räume für Besprechungen, Sitzungen, Schulungen in der Hardenbergstr. 20 verzichtet, weil die Ausstattung aus dem Bestand erfolgte.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichen Posten des Betriebsaufwands betreffen die Leasingraten und die Bewirtschaftungskosten für das LEH sowie die Kosten für Instandsetzungsmaßnahmen. Der Erbbauzins an den VBKI, die Miete für 1 ½ Etagen im Gebäude Hardenbergstraße 20, die Fremdleistungen (für EDV und Berlin Partner) werden ebenfalls bei der Position abgerechnet. Auch die Verwaltungskosten und weitere nicht im direkten Zusammenhang mit dem betrieblichen Leistungserstellungsprozess stehenden Kosten sind hier dargestellt.

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung T€ 2012	Ist T€ 2011
Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.234,8	30.444,1	-5.209,3	23.493,5
davon:				
Sonstige Personalaufwendungen	506,4	790,9	-284,5	547,3
Mieten, Pachten, Leasing	12.313,0	12.330,8	-17,8	11.406,7
Aufwendungen für Fremdleistungen *	3.101,3	3.696,0	-594,7	3.009,3
Rechts- und Beratungskosten	1.156,1	1.104,5	51,6	765,6
Bürobedarf, Literatur, Telekommunikation	1.194,8	1.610,0	-415,2	1.030,7
Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	257,9	271,3	-13,4	103,3
Aufwendungen DIHK	1.225,8	1.157,0	68,8	1.049,8
Aufwendungen für Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	2.836,7	3.819,1	-982,4	1.708,4
Andere sonstige betriebliche Aufwendungen **	2.628,9	5.644,5	-3.015,6	3.857,9

*) Bewirtschaftung des LEH, EDV - Dienstleistungen, Outgesourcte Dienstleistungen (einschl. Expedition), Dienstleistungsentgelt Berlin Partner

**) u. a. Abschreibungen auf Forderungen, Zuführung zur Rückstellung für Jumbo-Veranlagung und weitere Beitragsstreitigkeiten

Zu den Minderaufwendungen in Höhe von 5.209,3 T€ haben wesentlich die geringen anderen sonstigen betrieblichen Aufwendungen – dort der geringere als geplante Abschreibungsbedarf auf Beitragsforderungen -, die sonstigen Personalaufwendungen, die Aufwendungen für Fremdleistungen, die Aufwendungen für Porto und Drucksachen sowie verschobene Aufwendungen für die Instandhaltung des LEH beigetragen.

Zu den Positionen im Einzelnen:

Die gegenüber dem Planansatz geringeren Aufwendungen bei den sonstigen Personalaufwendungen betreffen nicht erforderliche Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Nichtausschöpfung der Mittel bei den Aufwendungen für Fremdleistungen resultiert aus geringeren Kosten für Sicherheitsdienste, EDV-Dienstleistungen und für die Bewirtschaftung des LEH. Durch ein alternatives Sicherheitskonzept konnten die Kosten für die Bewachung der Hardenbergstraße 20 eingespart werden. Des Weiteren trugen ein optimiertes Raummanagement und die Nichtabrufung von geplanten, aber tatsächlich nicht benötigten Leistungen zur Kostenreduzierung bei. Die zeitliche Streckung von EDV-Maßnahmen bzw. die kostengünstigere Umsetzung (u. a.: Umsetzung Anerkennungsgesetz – fehlende gesetzliche Grundlage in Berlin -, IT-Sicherheit – Identity Management -, De-Mail, Internet-Anwendungen) führten ebenfalls zu den Minderaufwendungen (333,0 T€). Durch eine weitere Verbesserung des Managements musste der Planansatz für die Bewirtschaftung des LEH nicht ausgeschöpft werden (75,1 T€).

Die gegenüber dem Plan geringeren Aufwendungen für Bürobedarf, Literatur und Telekommunikation basieren auf niedrigeren Kosten für die Durchführung der Wahl zur Vollversammlung (137,4 T€ Einsparung bei Druckkosten, Porto und Versand), des geänderten Ausweises der Kosten für Printprodukte im Materialaufwand (aufgrund einer detaillierten Analyse) sowie unterplanmäßigen Aufwendungen für Telekommunikation und Onlinedienste, sei es durch kostengünstigere Durchführung bzw. zeitliche Streckung.

Für die geringere Inanspruchnahme des Budgets der Instandhaltung des LEH (rund 964,2 T€) ist die Nichtdurchführung von Maßnahmen aus logistischen und technischen Gründen (LEH – Unikat) ursächlich. Dabei handelt es sich u. a. um die Erneuerung der Gebäudeleittechnik und den Austausch der Rauchmelder. Fortgesetzt wurde die Gebäudeabdichtung, Beseitigung von Wasserschäden, Brandschutzvorsorge sowie Abwasserstranganierung einschl. des Austauschs des Fußbodens im Bistro. Die nicht benötigten Mittel sollen der Rücklage Instandhaltung LEH zugeführt werden, um die nach 2013 und 2014 verschobenen Maßnahmen durch entsprechende Entnahmen zu finanzieren.

Die Mehraufwendungen bei den Rechts- und Beratungskosten resultieren auf erhöhte Kosten für Mahnung und Vollstreckung von Beitragsforderungen. 2012 wurden alle unstreitigen Beitragsforderungen zum Ende des Geschäftsjahres 2011 (Volumen von 5.500 T€; 17.500 Fälle) in die Beitreibung gegeben. Forderungen in Höhe von über 4.300 T€ konnten entgegen den Erwartungen bis zum Ende des Geschäftsjahres beigetrieben werden. Da mit einem zusätzlichen Abschreibungsbedarf von 2.500 T€ kalkuliert wurde, ergaben sich Minderaufwendungen von 3.148,6 T€.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis wurde durch die nach BilMoG hier abzurechnende Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen und die Abschreibungen auf Finanzanlagen erheblich beeinflusst. Der Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist überwiegend auf die Zunahme der Abschreibungen zurückzuführen. Bei der Position sind die wegen der volatilen Marktlage über pari gekauften Wertpapiere mit dem Nennwert angesetzt.

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung T€ 2012	Ist T€ 2011
Finanzergebnis	1.124,0	1.730,4	-606,4	1.717,2
davon:				
Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.852,4	6.879,1	-26,7	6.720,9
Zinsen und ähnliche Erträge	410,0	317,7	92,3	574,5
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	998,7	350,0	-648,7	324,1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.139,7	5.116,4	-23,3	5.254,1

Die Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens resultieren zu einem erheblichen Anteil aus den beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen (3.805,0 T€).

Die Mehrerträge bei den Zinsen und ähnlichen Erträgen des Umlaufvermögens beruhen auf dem gestiegenen Anlagevolumen.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen wurden auf Wertpapierkäufe, die über dem Nennwert erworben wurden, vorgenommen. Die Zunahme gegenüber dem Planansatz beruht auf den Marktverhältnissen, die nur noch einen Kauf über dem Nennwert zulassen.

Die Zinsaufwendungen betreffen das zur Refinanzierung der Umfinanzierung aufgenommene LBB-Darlehen und die Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH. Vgl. ergänzend Bilanzposten Passiva – D.1. - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Des Weiteren sind bei der Position die Aufzinsung von Rückstellungen i. H. v. 2.189,8 T€ ausgewiesen, davon entfallen auf Pensionsverpflichtungen 2.148,1 T€.

Steuern von Einnahmen und Ertrag

Bei der Position ist der Aufwand aus der Zuführung zu den Steuerrückstellungen (ungewisse Gewerbesteuer, Kapitalertragsteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) ausgewiesen (vgl. Erläuterungen zu den Steuerrückstellungen).

Sonstige Steuern

Bei den Sonstigen Steuern ist die KfZ-Steuer ausgewiesen.

Entnahmen aus Rücklagen

Der Rücklage Umstrukturierung und Qualitätssteigerung Personal wurden zur Finanzierung entsprechender Aufwendungen 7,4 T€ entnommen.

Einstellungen in Rücklagen

In die Rücklagen sind **18.452,9 T€** eingestellt worden.

davon entfallen auf Zuführungen gemäß Erfolgsplan:

Kredittilgungsrücklage LEH:	6.903,5 T€
Rücklage Pensionen für Risiken außerhalb BilMoG:	200,0 T€
Liquiditätsrücklage:	3.000,0 T€
	10.103,5 T€
Aus der Verwendung des Ergebnisses 2011:	
Instandhaltung LEH	1.500,0 T€
Kredittilgungsrücklage LEH:	6.849,4 T€
	8.349,4 T€

Ergebnis / Ergebnisverwendungsvorschlag

Zu dem Ergebnis von 13.419,4 T€ haben überplanmäßige Erträge in Höhe von 9.522,1 T€, und gegenüber dem Planansätzen geringere Aufwendungen von 4.647,3 T€ und nicht erfolgte Rücklagenentnahmen von 750,0 T€ beigetragen. Die Mehrerträge resultieren aus dem Beitragsaufkommen und der Auflösung von Rückstellungen.

Die Minderaufwendungen beruhen im Wesentlichen auf dem geringeren Bedarf an Abschreibungen für Beitragsforderungen, der Verschiebung von Maßnahmen für die Instandhaltung des LEH und in der IT. Darüber hinaus haben kostengünstigere Lösungen als geplant in allen Kontengruppen des Betriebsaufwands zu den geringeren Kosten beigetragen. Das Ergebnis soll überwiegend vorgetragen ein kleiner Teil zur Stärkung der Rücklagen verwendet werden. Im Einzelnen schlägt das Präsidium der Vollversammlung vor, folgende Zuführungen zu beschließen:

Rücklage für	
Instandsetzung LEH	964.200,00 €
Kredittilgungsrücklage LEH	603.030,53 €
Rücklage zur Vorsorge für	195.400,00 €
Altpensionsverpflichtungen für Risiken außerhalb BilMoG	
Ergebnisvortrag	11.656.739,01 €

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung dokumentiert die zahlungswirksamen Veränderungen im Geschäftsjahr. Neben dem Cashflow aus der laufenden Tätigkeit werden die Cashflows aus der Investitions- und Finanztätigkeit abgebildet.

Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten

Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen durch höhere Erträge und geringere Betriebsaufwendungen als geplant beeinflusst.

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung 2012	Ist T€ 2011
Jahresergebnis vor außerordentlichen Posten	23.515,5	9.346,1	14.196,4	29.007,4

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beinhaltet das um die Veränderungen der Rückstellungen, der Abschreibungen und Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der sonstigen Aktiva und Passiva sowie der Zuführungen oder Auflösungen von Aktiven und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten bereinigte Jahresergebnis.

	Ist T€ 2012	Plan T€ 2012	Abweichung T€ 2012	Ist T€ 2011
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	23.785,3	15.934,0	7.851,3	25.230,1

Cashflow aus der Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Ein- und Auszahlungen für Investitionen im Bereich der Gegenstände des immateriellen Anlagevermögens, den Sachanlagen und des Finanzanlagevermögens auf. Insgesamt wurden in 2012 Investitionen in Höhe von 309,7 € in das immaterielle und 238,7 T€ in das Sachanlagevermögen getätigt.

Die Nichtausschöpfung der Mittel beruht auf einer verzögerten Durchführung der Maßnahmen infolge nicht vorhersehbarer technischer Probleme.

Zum Cashflow aus der Investitionstätigkeit zählen weiter die Veränderungen im Finanzanlagevermögen. Die Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens (1.460,6 T€) betreffen die planmäßigen Tilgungen der beiden der Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp & Co. Objekt Berlin KG gewährten Darlehen. Das erste Darlehen wurde 1997 zur Finanzierung der erhöhten Baukosten, das zweite 2007 im Rahmen der Umfinanzierung des LEH ausgezahlt.

Die Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen betreffen überwiegend die Umwidmung von umlaufendem Vermögen in Finanzanlagen. Diese ist auch ursächlich für den negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2012	2012	2012	2011
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-14.640,3	-15.000,5	-360,2	-18.472,0

Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit

Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beruht auf planmäßigen Darlehenstilgungen. Es handelt sich um das zur Umfinanzierung des LEH aufgenommene Darlehen bei der Landesbank und das bei der IKB aufgenommene Darlehen zur Finanzierung der erhöhten Baukosten des LEH.

	Ist T€	Plan T€	Abweichung T€	Ist T€
	2012	2012	2012	2011
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-3.220,7	-3.219,9	0,8	-3.850,3

Der Mittelabfluss aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit wird vollständig aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert.

Finanzmittelbestand am Ende der Periode

Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode beträgt 45.809,1 T€.

Sonstige Angaben

Mitglieder des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführung der IHK Berlin sind:

Mitglieder des Präsidiums

Werner Gegenbauer (Ehrenpräsident)

Dr. Eric Schweitzer (Präsident)

Dr. Beatrice Kramm (Vizepräsidentin)

Stephan Schwarz (Vizepräsident)

Ute Witt (Vizepräsidentin)

Gerald Archangeli

Christina Aue

Klaus-Peter Bär

Julia Claren

Angela Kästner

Matthias Klussmann

Tim Konstantin Renner

Dr. Stefan Romberg

Kalo Mis Tshaba

Tobias Weber

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Mitarbeiter

Die IHK Berlin beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 247 Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit , das entspricht 225,3 Vollzeitäquivalenten.

